



Rechtsausschuß

28. Sitzung (nicht öffentlich)

20. Mai 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Gunther Sieg (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: **Tragödie am Essener Amtsgericht - Tod eines Amtsrichters am
07. Mai 1998** (Berichtswunsch der CDU-Fraktion vom 08. Mai 1998)

1

- Bericht eines Vertreters des Justizministeriums
- Kontroverse Diskussion

2 Zwischenbericht zur Weiterentwicklung des Strafvollzugs und alternativer Sanktionsformen

10

- Bericht eines Vertreters des Justizministeriums
- Kontroverse Diskussion

3 Jahresbericht der Vollzugskommission

Vorlage 12/2054

20

Da der Minister die Sitzung nun verlassen muß, verständigt sich der Ausschuß darauf, den Bericht der Vollzugskommission in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu erörtern.

4 Beförderungssituation innerhalb der Justiz

Bericht der Landesregierung

21

Der Ausschuß kommt überein, auch diesen Punkt zu vertagen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung landesrechtlicher Geschäfte auf den RechtspflegerGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2941

21

Der Ausschuß billigt den Gesetzentwurf einstimmig.

6 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen des Antrags des Abgeordneten Dr. Helmut Linssen und weiterer 88 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, die Nichtigkeit der §§ 3 Abs. 1 Satz 5 und 71 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1, 3, 4 und Satz 3 des Gesetzes über die Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des § 3 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen festzustellenVerfGH 2/98
Vorlage 12/1968

21

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, keine Stellungnahme abzugeben.

- 7** Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Düren, § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 Abs 3 Satz 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in der Fassung des 5. Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 18. Februar 1997, GV.NW. 1997, Seite 24 sowie Artikel II des 5. Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 18. Februar 1997, GV.NW.1997, Seite 24, verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 3/98

Vorlage 12/1966

22

Der Ausschuß entscheidet mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, keine Stellungnahme abzugeben.

- 8** Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Datteln und 10 weiterer Gemeinden, Artikel I Nr. 1 a und Artikel II des 5. Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 18. Februar 1997 (GV.NW. Seite 24) verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 4/98

Vorlagen 12/1980 und 12/1994

22

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion verzichtet der Ausschuß auf eine Stellungnahme.

- 9 **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus und 20 weiterer Gemeinden, das 5. Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 18. Februar 1997 (GV.NW. Seite 24) verletzte die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 5/98

Vorlage 12/1954

22

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschließt der Ausschuß, nicht Stellung zu nehmen.

- 10 **Ausführungsgesetz zum Insolvenzrechtsverfahren**

23

- Bericht einer Vertreterin des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Kurze Diskussion

Robert Krumbein (SPD) bittet das Ministerium darum, den Abgeordneten rechtzeitig vor dieser Sitzung eine Stellungnahme zu dem Bericht zuzuleiten, um diese in die Kommission einbeziehen zu können.

4 Beförderungssituation innerhalb der Justiz

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuß kommt überein, auch diesen Punkt zu vertagen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung landesrechtlicher Geschäfte auf den Rechtspfleger

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2941

Der Ausschuß billigt den Gesetzentwurf einstimmig.

6 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen des Antrags des Abgeordneten Dr. Helmut Linssen und weiterer 88 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, die Nichtigkeit der §§ 3 Abs. 1 Satz 5 und 71 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1, 3, 4 und Satz 3 des Gesetzes über die Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des § 3 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen festzustellen

VerfGH 2/98
Vorlage 12/1968

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, keine Stellungnahme abzugeben.